

Klimaschutz soll in die Verfassung

MZ, 29.9.18

Mehrere Verbände richten Forderungen an die Freisinger Landtagskandidaten

Freising/Moosburg. (re) Einen Katalog an Forderungen zur Klimaschutzpolitik haben zehn Organisationen ausgearbeitet und am Donnerstag bei einer Pressekonferenz vorgestellt. In den nächsten Tagen sollen diese Forderungen an die Landtagsdirektkandidaten im Kreis Freising geschickt werden.

Zu den gemeinsam ausgearbeiteten Forderungen zählen ein stärkerer und schneller Ausbau erneuerbarer Energien, die Einführung einer CO₂-Steuer, die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung sowie binnen fünf Jahren die klimaneutrale Umstellung der Staatsverwaltung. Die einzelnen Verbände sprachen sich darüber hinaus für weitere Maßnahmen aus: Sepp Beck, Sprecher der Agenda-21-Projektgruppe Energie und Klimaschutz der Stadt Freising, forderte den Kohleausstieg in Bayern, als konkretes Beispiel nannte er das Kohlekraftwerk Anglberg.



Vertreter von zehn Organisationen präsentierten vor der Landtagswahl ihre Forderungen für einen besseren Klimaschutz.

Foto: re

Ein Ende der 10-H-Regelung, welche in Bayern Windräder von Wohnhäusern fernhalten soll, forderte Martin Hillebrand, Vorstand der Bürger Energie Genossenschaft

Freisinger Land. Hinsichtlich des Themas Mobilitätswende reichten die Forderungen von Förderprogrammen bis hin zum Stopp des Neubaus von Straßen.